

Wirtschaftskammer Salzburg Wirtschaftsparlament Julius Raab Platz 1 5020 Salzburg

Salzburg, am 11. 4. 2016

Antrag der Delegierten Komm. Rat Wolfgang Reiter und Mag. Andreas Gfrerer an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Salzburg am 3. 5. 2016

Betrifft: Schaffung einer übergeordneten Stelle zur Bewertung, ob eine Scheinselbständigkeit vorliegt

In der letzten Zeit vermehren sich eklatant die Fälle, in denen die Gebietskrankenkassen nach Prüfung von vornehmlich und größtenteils EPUs eine sogenannte Scheinselbständigkeit feststellen. Ein Prüfer oder eine Prüferin der GKK legt dabei anhand von einiger weniger Parameter fest, ob eine Scheinselbständigkeit eines Unternehmers/einer Unternehmerin vorliegt. Bei Feststellung einer Scheinselbständigkeit folgt eine Nachzahlungsvorschreibung von Sozialversicherungsbeiträgen von bis zu rückwirkend 5 Jahren durch eben jenes Institut – nämlich der GKK. Zur Nachzahlung werden auch jene Unternehmen herangezogen, wenn sie - auch im guten Glauben – Selbständige als Subunternehmer beauftragt haben und diese dann als Scheinselbständige deklariert werden. Viele Unternehmen werden somit am Rande des, wenn nicht sogar ganz in den Ruin getrieben. In besonders ungünstigem Licht erscheint dabei die GKK als besonderer Nutznießer, denn sie ist es, die prüft, alleine entscheidet und dann noch kassiert. Es kann nicht sein, dass der Kläger auch gleichzeitig der Richter ist und kassiert.



Als Mitglieder des Wirtschaftsparlaments der Wirtschaftskammer Salzburg stellen wir daher den

Antrag:

Das Präsidium der Wirtschaftskammer Salzburg möge sich im Wege der Wirtschaftskammer Österreich beim Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz dafür einsetzen, dass eine übergeordnete Stelle zusammengesetzt mit Experten von der SVA, der GKK und der WKÖ zur Bewertung und Beurteilung von Verdächtigungen der Scheinselbständigkeit und die darauffolgende Feststellung geschaffen wird.

Komm.Rat Wolfgang Reiter (Delegierter zum Wirtschaftsparlament)

Mag. Andreas Gfrerer (Delegierter zum Wirtschaftsparlament)